

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

12.9.1930 (No. 212)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedel-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährl. 32,50 RM, inkl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechsentel Breite. Briefe sind unentgeltlich. Bei Wiederholungen trittfalliger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Reichstagswahl 1930

Der Minister des Innern hat auf Grund des § 30 Pol.-Str.G. das Tragen von Parteiuniformen und Bundes-trachten am 13. und 14. September 1930 für das Land Baden verboten.

* Zur Reichstagswahl

V. (Schluß.)

Von Anfang an hat Reichskanzler Dr. Brüning den Standpunkt vertreten, daß das Notprogramm des Monats Juli nur einen ersten Schritt bedeutet, und daß noch mancherlei zu folgen habe, wenn man wirklich das zweite, große Ziel nächst dem der Finanzsanierung, nämlich das Ziel der Wirtschaftssanierung, erreichen wolle. Wie dringend notwendig eine solche Arbeit ist, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß ja das Notprogramm durchaus nicht eine steuerliche Entlastung, sondern neue steuerliche Belastungen für die Wirtschaft gebracht hat. An der Spitze eines jeden Wirtschaftssanierungsprogramms, das seinen Namen verdienen soll, wird demgemäß neben weiteren sozialpolitischen Reformen die Verminderung der Lasten und Steuern zu stehen haben.

Man ist in den Kreisen des Reichskabinetts vollkommen klar darüber, daß auch sonst das Notprogramm manche Maßnahme gebracht hat, die sich eben nur im Hinblick auf die dringendste Not und im Hinblick auf den nächsten Zweck des ganzen Programms, die Sanierung der öffentlichen Finanzen, rechtfertigen läßt. So wird zum Beispiel (nach Stegerwalds Erklärung) das Geld, das jetzt die öffentliche Hand für Arbeitsbeschaffung vorausgibt, leider der übrigen Wirtschaft entzogen; es wirkt daher nicht zinsdrückend oder zinsermäßigend und fehlt für die Belebung der Privatwirtschaft.

Reichsfinanzminister Dietrich hat im Wahlkampf einige Mitteilungen darüber gemacht, wie man sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit denkt. Sehr richtig hat er dabei auf die Fehler des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hingewiesen, vor allem auf den grundlegenden Fehler, daß man die Berufe, die berufsmäßig im Winter arbeitslos sind, zusammengeworfen hat mit all denjenigen Gruppen von Arbeitnehmern, die unter normalen Verhältnissen das ganze Jahr in Lohn stehen. Stegerwald fordert für die Lösung des Arbeitslosenproblems folgendes: eine nüchternere, planmäßige und organische Wirtschaftspolitik ist zu betreiben, größte Sparsamkeit in allen öffentlichen Körperschaften ist anzustreben, die Preise sind im ganzen abzubauen, produktionshemmende Steuern sind zu beseitigen, und die Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden sind in Ordnung zu halten.

Es fehlt unter diesen Punkten ein wichtiger Punkt, der, wenn man schon wirklich praktische Wirtschaftspolitik treiben will, nicht unbeachtet bleiben darf, nämlich die Herbeiführung einer freieren Lohnregelung, einer Lohnregelung, die es unmöglich macht, daß auf der einen Seite ein durch die Wirtschaftslage oft gar nicht mehr zu rechtfertigender Tariflohn gezahlt wird, und auf der anderen Seite durch den tarifmäßigen Zwang so und so viele Firmen zu Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen getrieben werden, zu Maßnahmen also, welche die Arbeitslosigkeit vermehren. In Zeiten wirtschaftlicher Not sollte der Grundsatz allgemein anerkannt werden, daß es besser ist, einen etwas niedrigeren Lohn wirklich zu haben, als einen Tariflohn auf dem Papier stehen zu lassen, den Millionen faktisch doch nicht bekommen, weil sie überhaupt keine Arbeit haben und stempeln gehen müssen.

Wenn der Reichsfinanzminister Dietrich neulich betont hat, es werde Sache der zuständigen Vollzugsorgane sein, die Arbeitslosenversicherung im Interesse der wirklichen Arbeitslosigkeit zu reformieren, und überall dort, wo sich unhaltbare Zustände herausgebildet haben, durchzugreifen, so wird man ihm nur zustimmen können. Dazu ist die Zeit viel zu ernst, als daß man jemandem die Gelegenheit geben dürfte, sich auf Kosten der Allgemeinheit eine unberechtigte Unterstützung zu sichern.

Auf dem Gebiet der Steuern hat Dietrich Vereinfachung der Steuerlegislation und des Steuervollzugs und die Abschaffung angeündigt, die kleinen Vermögen bis zu 20 000 Reichsmark von der Vermögenssteuer frei zu machen, ferner die andere Absicht, die landwirtschaftliche

Letzte Nachrichten

Der „Bahnschutz“ im Saargebiet Zurückziehung bis spätestens 1. Januar

WTB. Genf, 12. Sept. Der Völkerbundsrat hält heute nachmittag eine Sitzung ab, die hauptsächlich der Frage des Bahnschutzes im Saargebiet gewidmet ist. Der italienische Delegierte Scialoja wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender dem Rat einen Vorschlag unterbreiten, der in den gemeinsamen Besprechungen des Dreierausschusses (Curtius, Briand, Scialoja) mit dem Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes vorbereitet worden ist. Scialoja wird, wie man hört, dem Völkerbundsrat vorschlagen, die Bahnschutztruppen bis spätestens 1. Januar 1931 vollständig aufzuheben. An der Zustimmung des Rates wird nicht gezweifelt.

Die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge Erneute starke Belastung

WTB. Berlin, 12. Sept. (Tel.) Die allgemeine Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage, die eine ständige Ausdehnung der langfristigen Erwerbslosigkeit zur Folge hat, macht die Gemeinden in zunehmendem Maße zu Trägern der Erwerbslosenfürsorge. Von den Wohlfahrtsämtern der Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben) wurden am 31. August insgesamt 445 000 Wohlfahrtsbesitzer erwerbslos betreut, davon 47 000 durch Zuweisung gemeindlicher Fürsorgearbeit.

Gegenüber dem Juli (404 000) errechnet sich eine Steigerung um 9,9 Proz., während die Zahl der in Erwerbslosenversicherung und Arbeitsfürsorge Unterstellten im Reich in der gleichen Zeit nur um 2,4 Proz. anwuchs. Der Kreis der Wohlfahrtsbesitzer in den genannten Städten ist damit heute bereits größer als der der gesamten Arbeitslosen im Reich. Außer den Wohlfahrtsbesitzern hatten die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern 49 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsunterstützung laufend zusätzlich zu unterstützen.

Amerika und die neue Regierung in Argentinien

WTB. New York, 12. Sept. (Tel.) Wie „Associated Press“ aus Buenos Aires meldet, hat die dortige amerikanische Handelskammer die Handelskammer der Vereinigten Staaten in Washington um Unterstützung der neuen Regierung ersucht. Hierzu erklärt „New-York Times“ aus politischen Kreisen Washingtons, man wünsche, die neue Regierung anzuerkennen, bevor London, jedoch nicht bevor die Nachbarstaaten sie anerkannt hätten. Das Blatt weist dabei auf den wirtschaftlichen Wettbewerb der Vereinigten Staaten in Argentinien und auf Englands Bemühungen, seine dortige Stellung wiederzugewinnen, hin.

Der Reichspräsident ist Donnerstagabend 21 Uhr von Dietramszell kommend, mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug wieder in Berlin eingetroffen.

Besteuerung zu vereinfachen. Die Wirtschaft soll vor allem durch eine Änderung der Realsteuern entlastet werden. Was den Wohnungsbau anlangt, so wolle man sich auf die Erbauung von Zweizimmerwohnungen mit Küche beschränken. Auch der Finanzausgleich werde in nächster Zeit zu erledigen sein. Unter keinen Umständen dürfen neue Steuern ausgeschrieben werden. Sie sind allerdings völlig aussichtslos. Sie führen, wie der Reichsfinanzminister sehr wohl einseht, nur zu neuen Betriebsbeschränkungen und damit zu neuen Rückgängen in der Zahlung der Steuern.

Es ist zu begrüßen, daß Reichskanzler Dr. Brüning in seiner letzten großen Rede sich dagegen gewandt hat, daß man unsere augenblickliche Lage, so ernst und düster sie auch sein mag, als völlig katastrophal hinstellt und die Möglichkeit zur Besserung überhaupt nicht zugeben will. Wir haben von jeher an dieser Stelle vor einem derartigen Pessimismus gewarnt. Es ist noch nicht zu spät! Unser Volk kann sich noch immer unter der Führung einer zielbewußten, von vernünftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Anschauungen beseelten Regierung aus dieser unheilvollen Krise wieder herausarbeiten. Allerdings wird noch manches gechehen müssen, um die Gesundung zu garantieren. Vor allem auch in moralischer Hinsicht. Die letzten Jahre haben eine solche Unmenge von öffentlichen Skandalen mit sich gebracht, sie haben vielfach eine solche Verwüstung der Moral — übrigens auch in sozialer Beziehung — offenbart, daß man auch hier nur dringend eine Wandlung zum Besseren fordern kann.

Wirtschaftliche Umschau

Der deutsche Kraftwagenbau — Das internationale Waggonkartell — Die Rheinbrücken

Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie klagt allgemein über Rückgang des Absatzes, eine in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage ja erklärliche Tatsache. Gerade Baden wird hier sehr stark davon betroffen. Wir haben die zu Daimler-Benz gehörigen Werke Mannheim und Gaggenau, von denen das letztere ausschließlich den Lastkraftwagenbau pflegt. Auch hier ist ein Rückgang zu verzeichnen, doch wurde mitgeteilt, daß man bemüht sei, durch Forcierung der international stark beachteten Mercedes-Benz-Motortypen einen Ausgleich zu schaffen. Im übrigen beschäftigen Daimler-Benz in allen ihren Werken statt 13 000 im Vorjahr nur mehr 9000 Arbeiter und Angestellte. Von diesem Abbau wurde vor allem das Mannheimer Werk betroffen, das demnächst nur mehr eine Belegschaft von 800 Mann hat und jetzt lediglich als größere Reparaturwerkstätte angesprochen wird. In der Inflationszeit wurden im Mannheimer Werk bis 3600 Personen beschäftigt.

Dem deutschen Auslandsgeschäft, besonders in Personenvagen, stehen die zahlreichen Zollerhöhungen entgegen. Abgesehen von den Zollerhöhungen der Welt, die amerikanische Generalmotors-Gesellschaft, ein starke Zusammenschmelzung des Auslandsgeschäfts, das z. B. im Vergleich zum Vorjahr im Juli um 71 Proz. zurückging. Sie ist aber u. a. mit Erfolg bemüht, in Deutschland einen Ausgleich zu schaffen. Den ihr gehörigen Opelwerken in Rüsselsheim gelang es, den Kleinwagenabsatz im ersten Halbjahr 1930 um über 28 Proz. gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Meldungen, daß Opel im Frühjahr einen noch billigeren Kleinwagen zum Preis von 1490 RM herausbringen wolle, wurden dementiert. Trotz der schwierigen Lage auf dem Automarkt ist jetzt auch der Bau der Fordfabrik in Köln (Kosten 5 bis 6 Mill. Reichsmark) in Angriff genommen und soll in einem halben Jahr, also zu Beginn des Frühjahr, fertig sein. Ebenso will die Straßburger Firma Mathis die Schopauer Motorenwerke zur Montagewerkstätte für einen neuen billigen Kleinwagen ausbauen.

Die ausländischen Fabriken haben somit nun den Kampf gegen die deutsche Industrie auf deutschem Boden und mit deutschen Werkstätten erfolgreich aufgenommen, wenn sie hier auch unter sich konkurrieren. Der Erfolg des ausländischen Kapitals ist der, daß die Zölle den deutschen Fabriken dadurch wenig nützen. Diese berichten ferner über steigendes Angebot von gebrauchten Wagen und schleppende Zahlungsbeingänge. Verhältnismäßig gut habe sich lediglich die Nachfrage nach Kleintransportwagen und Kleintrafträdern gehalten. In der gegenwärtigen Situation wird die Konkurrenzarbeit der ausländischen Fabrikate natürlich besonders stark empfunden. Im Juli betrug der Anteil ausländischer Marken am Gesamtabsatz bei Personentransportwagen fast 29 Proz., bei Lastkraftwagen fast 40 Proz. Es drängen die Großkonzerne (Generalmotors und Ford) mit ihren Montagewerkstätten zum Teil auf Kosten kleiner und keine eigenen Werkstätten in Deutschland unterhaltender Auslandsfirmen vor. Außerdem haben die ausländischen Montagebetriebe auch wie gesagt eine absolute Steigerung ihres Absatzes gegenüber dem Vorjahr in Deutschland zu verzeichnen, der bei dem verengten Markt naturgemäß auf Kosten der deutschen Industrie geht.

Wie der Auto-, so geht auch der Motorradabsatz zurück. Im ersten Halbjahr war der Absatz von Kleintrafträdern um 40 Proz., der von Großtrafträdern um 37 Proz. geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der Markt ist also wohl in Motorrädern bis zu einem gewissen Grad gesättigt. Die an sich erfreuliche dauernde Steigerung der deutschen Ausfuhr ist nicht imstande, einen Ausgleich zu schaffen, da der Exportanteil an der Gesamtproduktion sehr gering ist und nur 4 Proz. beträgt (1929). Es ist jedoch noch weitere Steigerung bei dem bisher überhaupt geringen Weltmarkt in Kraftträdern sicher möglich. Die Motorradproduktion hat sich in Deutschland von 49 000 Rädern im Jahr 1926 auf 185 000 1929 gesteigert, in diesem Jahr dürfte sie jedoch auf etwa 120 000 Einheiten zurückgeworfen werden. Gegen die große Überfülle des Einzelhandels und die Unterbietung der Wiederverkaufspreise ist jetzt ein Überwachungsamt der Motorradwirtschaft G. m. b. H. gegründet worden, der 98 Proz. der deutschen Fabriken und der Montagewerkstätten (für ausländische Aggregate) umfaßt und die Lieferungen an Außenleiter des Handels, sog. „Stüben-

händler, und Gelegenheitsverkäufer, ausschalten will. Der Handel soll sich in einem Rebers zur Einhaltung der von den Fabriken festgesetzten Verkaufspreise verpflichten.

Während die Internationale Rohstoffgemeinschaft im Zerfall scheint, ist es eigentlich überraschend schnell zu ziemlich weitgehenden Vereinbarungen, der zum Teil von den Montanonzernern beherrschten Waggonfabriken des europäischen Kontinents über den Waggonexport gekommen. Das in Luzern abgeschlossene Abkommen umfaßt die Waggonfabriken von Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Ungarn, Österreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz. Nur Polen und England stehen in Europa abseits, jedoch besteht auch in England Geneigtheit zum Beitritt. Auch mit Amerika besteht eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit, infolge der Verbindung des großen deutschen Waggonkonzerns, Ostwaggon (Linke-Hofmann-Busch) mit maßgebenden amerikanischen Firmen, und den Bestrebungen, ein Finanzierungsinstitut für Waggonlieferungen nach dem Balkan und nach Übersee zu gründen.

Der Sitz des internationalen Waggonverbandes wird Paris. Für die beteiligten Länder sind Ausfuhrquoten festgesetzt, auch sollen ihnen bestimmte Absatzgebiete zur Vorzugsbelieferung zugewiesen und durch ein Verständigungs- und Meldeverfahren angemessene Preise gewährleistet werden. Deutschland kommt nach seiner Ausfuhrquote hinter Belgien, das 28 Proz. erhält, weil es mit seiner großen Industrie besonders auf den Export angewiesen ist und wohl anders zum Beitritt nicht zu gewinnen war. Der deutsche Waggonbau ist schon infolge des Stockens des Inlandsverkehrs in schwieriger Lage, so daß z. B. der Westdeutsche Waggontrust, der nun bekanntlich auch die Majorität von Fuchs in Seidelberg besitzt und bisher nach dem Ausland verhältnismäßig zufriedenstellend beschäftigt war, dieser Lage mitteilte, daß er seine durchschnittlich 2500 Arbeiter betragende Belegschaft vorübergehend auf die Hälfte zurückführen werde, bis die erhoffte Belebung eintrete. Fuchs (Seidelberg) bleibt vorläufig der gegenwärtige Beschäftigungsgrad. Die deutsche Ausfuhr betrug in den ersten sieben Monaten dieses Jahres über 28 000 Güterwagen und 343 Personenwagen im Wert von über 38 Mill. Reichsmark, während der europäische Gesamtexport auf 200 Mill. Reichsmark angenommen wird.

Die deutsche Wagenbauvereinigung ist übrigens unter Zustimmung der bekannten, ihr nicht angehörenden Außenfabriken, den jetzt zustandekommenen kontinentalen Vereinbarungen beigetreten. Damit wurde erst das größte Bemühen für diese Abmachungen, die Uneinigkeit des deutschen Waggonbaus beseitigt. In der letzten Sitzung der deutschen Wagenbauvereinigung war darauf hingewiesen worden, daß die Fortführung des Exportgeschäfts in der bisherigen Weise unmöglich sei, indem die Wagen unter Belastung der inländischen Wirtschaft an die Länder halb verschenkt wurden, die keine eigenen Waggonfabriken besitzen. Mit der Ursache der gegenseitigen Unterbietungen wird also jetzt ausgeräumt, und das Exportgeschäft soll wieder zu angemessenen Preisen Arbeit auch in die deutschen Werkstätten bringen. Er sah für das trotz des zusätzlichen Beschaffungsprogramms der Reichsbahn und auch infolge des Geldmangels der Städte nicht ausreichende Inlandsgeschäft. Die Exportquoten der Länder bleiben die bisherigen. Die deutsche Quote soll durch die deutsche Wagenbauvereinigung auf die einzelnen Firmen neu umgelegt werden.

Der immer wieder, zuletzt aus finanziellen Gründen hinausgeschobene Bau der Rheinbrücken soll — wie nun mitgeteilt wird — „unverzüglich“ beginnen, und es soll zunächst, wie dies auch seit längerem vorgehen war, die zweite Brücke Mannheim-Ludwigshafen in Angriff genommen werden, um die immer unhaltbarer werdenden Verkehrsbehinderungen zu beseitigen. Die Stadt Mannheim hat bekanntlich die Gewährung ihres Zuschusses davon abhängig gemacht, daß mit dem Bau spätestens bis zum 1. Oktober begonnen wird. Es handelt sich um 775 000 RM Zuschuß für den eigentlichen Brückenbau und um 425 000 RM für die Zufahrt von der Mannheimer Seite. In 5 Jahren sollen alle 3 Brücken, deren Gesamtkosten auf 42 Mill. Reichsmark veranschlagt sind, gebaut und nach Fertigstellung der Mannheimer Brücke die in Mainz (Karlsruhe) in Angriff genommen werden, als letzte die Speyerer Brücke. Die meisten Kosten wird die Mainzener Brücke wegen der notwendigen großen Aufschüttungen zu beiden Seiten des Rheines erfordern, nämlich 21 Mill. Reichsmark. Es handelt sich um Dämme, die auf der einen Seite von Knielingen bis zum Rhein und von der anderen Seite vom Rhein bis Wörth reichen. Auch der Wörther Bahnhof soll um einen Meter höher gelegt werden. Seit langem ist die Stadt Karlsruhe bemüht, die Aufnahme dieser Vorarbeiten, durch welche zahlreiche Erwerbslose beschäftigt werden würden, vor dem eigentlichen Baubeginn durchzusetzen.

Uniformverbot in der Pfalz. Für den Rest des Wahlkampfes haben sämtliche Bezirkspolizeibehörden der Pfalz das Uniformverbot verschärft. Für die Zeit vom Freitag bis Montag einschließlich ergibt sich hierauf für die ganze Pfalz folgende Rechtslage: 1. Auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ist das Tragen einheitlicher politischer Kleidung sowie von Armbinden verboten und strafbar. 2. Ferner ist in allen politischen Versammlungen das Tragen einheitlicher politischer Kleidung sowie von Armbinden (mit Ausnahme der Armbinde des Ordnungsbienstes des Veranstalters) verboten.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. September in England 2 600 000. Das sind rund 20 600 mehr als in der Vorwoche und rund 908 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Europadebatte im Völkerbund

Ein Antrag Briands

W.D. Genf, 12. Sept. (Tel.) Der französische Außenminister hat gestern beim Präsidenten der Bundesversammlung offiziell den Antrag gestellt, die Entschlieung, die die Vertreter der europäischen Staaten am 8. September zur Frage der europäischen Föderation angenommen haben, auf die Tagesordnung der Bundesversammlung zu setzen. Er hat dem Präsidenten Titulescu die Entschlieung mit einem Briefe überreicht, der folgenden Wortlaut hat:

„Die dem Völkerbund angehörenden Vertreter der europäischen Staaten haben am 8. September in Genf eine Konferenz abgehalten. Nachdem sie von den Ergebnissen der Umfrage über die Organisation einer europäischen Föderation Kenntnis genommen haben, wurde beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der Bundesversammlung zu setzen. Gemäß dem Auftrag, den sie mir erteilt haben, beehre ich mich, Ihnen den Text der Entschlieung zuzuleiten, die sie zu dieser Frage angenommen haben. (gez.) Briand.“

Henderson verlangt Abrüstung

In der Völkerbundsversammlung sprach am Donnerstag, wie gemeldet, Briand zum Problem Europa. Er sprach zurückhaltend, diplomatisch, und beschränkte sich auf viele allgemeine Redensarten. Nur manchmal hatte er das Ohr des Hauses, wenn er sich als den Mann des Friedens bezeichnete, der überall, wo er sei, den Krieg ausschalte. Er sagte aber nichts von der Meinlandsdrängung, nichts von den deutsch-französischen Beziehungen und den Wahlen, die in Frankreich einige Erregung hervorgerufen hatten. Er verzichtete darauf, französische Sonderwünsche vorzutragen, oder sonst Tendenzen anzukündigen, die vom Standpunkt der deutschen Politik bedenklich sein könnten. Briand ist sichtlich bemüht, gegenüber den vielen Widerständen, auf die die konkreten Vorschläge seines Planes gestoßen sind, wenigstens die Idee eines engeren Verhältnisses der europäischen Staaten zu retten und im übrigen dem Völkerbund, entsprechend dem Beschluß der Europakonferenz, vollkommene Entschlieungsfreiheit zu lassen.

Hm erwiderte in der Nachmittagsitzung der englische Außenminister Henderson.

Er schloß sich zunächst den ehrenden Worten an, die der Staatspräsident dem deutschen Reichsminister Dr. Stresemann und für Kauten, als Mitarbeiter und Wortführer des Völkerbundes, gefunden hatte, und kam dann auf die Vorschläge der französischen Regierung zur europäischen Union zu sprechen, die, wie er hoffte, zu praktischen Ergebnissen führen möge. Henderson wies auf die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Arbeit des Völkerbundes hin und erklärte, die Ereignisse der letzten Monate hätten klarer denn je bewiesen, daß die Welt eine wirtschaftliche Einheit sei. Von den Befugnissen und Einrichtungen der Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes müsse ausgehender Gebrauch gemacht werden.

Henderson trat ferner wiederum für die Einarbeitung des Kellogg-Paktes in die Völkerbundsatzung ein, damit das Recht auf private Kriegsführung endgültig abgeschafft und die Völkerbundsatzung eine wirkliche Friedenssatzung werde. England sei bereit, alle Maßnahmen zur Verhütung und Befämpfung des Krieges zu ratifizieren, doch unter einer Bedingung, daß ein allgemeiner Vertrag zur Verabreichung und Beschränkung der nationalen Rüstungen durchgeführt werde. Deshalb werde England seine Zustimmung zu neuen Sicherheitsmaßnahmen nur unter der Bedingung effektiv werden lassen, daß die Abrüstung aufhöre nur eine Frage zu sein und eine Tatsache werde.

Die Urheber der Völkerbundsatzung, so rief Henderson, haben nie geglaubt, daß die internationale Zusammenarbeit Erfolg haben könnte, wenn die nationale Rüstung unbeschränkt fortbestehen und wenn das Vertrauen wieder aufleben würde. Deshalb haben sie in dem Artikel 8 die Verpflichtung aufgenommen, eine allgemeine Verabreichung und Einschränkung der nationalen Streitkräfte durch internationale Verträge herbeizuführen. Diese Verpflichtung ist noch nicht eingelöst worden, obwohl sie vor elf Jahren eingegangen worden ist. Die Jahre gehen dahin, und doch bildet diese Verpflichtung einen Teil des Friedensvertrages und ist nicht weniger geheiligt als irgendeine andere Verpflichtung, die in diesen Verträgen enthalten ist. Durch diese Verpflichtung ist jede Regierung im Völkerbund gebunden. Es ist eine Zusage, die oft erneuert worden ist. Die Völker der Welt werden ungeduldig und zweifeln an unserem guten Willen.

Nach einem Hinweis auf die Londoner Flottenkonferenz schloß Henderson seine Rede mit folgenden, stark betont vorgebrachten Sätzen:

Wenn die Flottenabrüstung nicht allgemein durchgeführt werden kann, so werden die Friedensverträge nicht ausgeführt werden sein. Die Völkerbundsatzung wird unerfüllt bleiben und der Friede Europas und der Welt wird nicht gesichert sein. Wir erkennen selbstverständlich die Schwierigkeiten an, aber wir erkennen auch, daß jetzt zehn Jahre vergangen sind, seitdem die Arbeit über diese Frage begonnen wurde. Die Zeit für praktische Ergebnisse ist jetzt gekommen, und wir hoffen daher, daß der vorbereitende Ausschuss, wenn er im November zusammentritt, machtvoll vorstehen und seine Aufgabe reiflos erfüllen wird. Wir hoffen, daß die Weltabrüstungskonferenz vom Völkerbundsrat auf nächstes Jahr einberufen werden kann, und daß wir in absehbarer Zeit einen entscheidenden Schritt zur Erfüllung der Verpflichtungen, die uns alle binden, tun werden. Ich appelliere an alle hier versammelten Nationen, sich zusammenzuschließen in dem gemeinsamen starken Bemühen, den großen Zweck, für den der Völkerbund geschaffen ist, zu erreichen.

Die Vollerversammlung

W.D. Genf, 12. Sept. (Tel.) Als erster Redner sprach in der heutigen Vollerversammlung des Völkerbundes der holländische Außenminister Beelaerts van Blokdand, der zusammenfassend feststellte, daß auf den verschiedenen Gebieten, insbesondere dem der Abrüstung, keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Die europäische Zusammenarbeit müsse so gestaltet werden, daß die Interessen der einzelnen Staaten mit denen der Allgemeinheit zusammenfallen. Die holländische Regierung vertraue darauf, daß die Novembertagung des Vorbereitungsausschusses die letzte vor der allgemeinen Abrüstung sein werde.

Der holländische Außenminister schloß mit einer eindrucksvollen Paraphrase des Art. 19 der Völkerbundsatzung, der bestimmt, daß unanwendbar gewordene Verträge und Situationen, die den Frieden der Welt gefährden, von Zeit zu Zeit einer Nachprüfung unterzogen werden sollen.

Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen, so erklärte er, hätte man diesen Artikel wahrscheinlich so formuliert, daß unanwendbar gewordene Nationalismen und wirtschaftliche Auffassungen, die den Frieden der Welt gefährden, revidiert werden müssen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Völkerbund über alle Hindernisse, die ihm auf dem Wege zum wahren Frieden entgegengestellt werden, triumphieren werde.

Die Abrüstung

W.D. Genf, 12. Sept. (Tel.) Die Abrüstungsfrage, die schon in der augenblicklichen allgemeinen Aussprache der Völkerbundsversammlung von fast sämtlichen Rednern in die Debatte gezogen worden ist, wird voraussichtlich in der zuständigen Kommission des Völkerbundes zu eingehenden Erörterungen führen. Wie der Präsident der Vollerversammlung mitteilt, hat die holländische Delegation heute beantragt, den Teil des Jahresberichtes des Generalsekretärs, der sich mit der Abrüstung beschäftigt, der Dritten Kommission zu überweisen.

Französisches und englisches Presseecho

W.D. Paris, 12. Sept. (Tel.) Das Hauptinteresse der Morgenpresse richtet sich auf die Genfer Rede Briands, jedoch findet auch die Rede Hendersons größte Beachtung. Sie wird von den meisten führenden Blättern außerordentlich kritisch behandelt. Einige Zeitungen erklärten, die Ausführungen, in denen Henderson Bezug auf die Abrüstung nahm, hätte ebensogut auch Reichsaussenminister Dr. Curtius machen können.

„Journal“ schreibt, fast die ganze Rede Hendersons sei ein wahres Klaidoyer für die deutsche Idee von der Abrüstung gewesen. „Echo de Paris“ schreibt: Bisher habe Frankreich, wenn es in Genf seine Politik darlegte, gesagt: „Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung!“ Briand habe das Wort „Abrüstung“ gestrichen, ebenso das internationale Vorgehen gegen einen Angreifer ausgeschaltet. Er habe es durch den Baneruropagedanken ersetzt, der fast mit Notwendigkeit die Revision der Grenzen in sich schließt. „Figaro“ schreibt, der Plan der Europakonferenz diene den Völkern als Vorwand, um sich in zwei Lager zu spalten. In dem einen werde die Revision der Verträge, in dem anderen ihre Aufrechterhaltung gefordert. Die Europakonferenz sei das künftige Ziel, aber die Uneinigkeit bilde die gegenwärtige Schwierigkeit.

W.D. London, 12. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel: Briand hat gestern bei der Unterbreitung seines Vorschlages eingestanden, daß seine Absichten zur Verwirklichung dieses sehr nebelhaften Unternehmens gescheitert sind. „Times“ berichtet aus Genf: Es zeigte sich bald, daß Briand in seiner Doppelrolle nicht ganz glücklich war. Seine Rede ist von denen abgewiesen, die die Versammlung von ihm zu hören gewohnt ist. „Daily Herald“ führt in einem Leitartikel aus: Hendersons Rede war ein Appell an den Völkerbund und an die Regierungen. Das wichtigste in seiner Rede ist die Forderung, daß die Abrüstungskonferenz für das nächste Jahr einberufen wird. Der Völkerbund ist an einem kritischen Augenblick angelangt. Das Wort nennt die Rede Briands eine tiefe Enttäuschung.

Zur Wahlbewegung

Diétrich über die künftige Finanzpolitik

Reichsfinanzminister Diétrich hielt Donnerstagabend in Berlin in einer Kundgebung der Staatspartei im Sportpalast eine Rede, in der er über die Bedeutung der neuen Wahlen für die zukünftige Finanzpolitik des Reiches sprach.

Er wies die Behauptung zurück, daß die deutsche Regierung 2½ Milliarden bei den Franzosen habe borgen wollen, die dafür die Zustimmung Deutschlands zum Baneruropa Briands verlangt hätten. Was unserem Reich fehle, sei Kapital auf lange Sicht, doch sei leider keine Aussicht vorhanden, daß uns irgendein fremder Staat, am allerwenigsten die Franzosen, solches Kapital zur Verfügung stellen würden. Man werde deshalb genötigt sein, dieses Kapital aus Arbeit und Sparsamkeit selbst zu bilden. Auch das Gerücht könne er nicht verstehen, daß die Beamtengehälter nicht mehr bezahlt werden könnten, nachdem er selbst vor einigen Wochen der Berliner Presse erklärt habe, daß uns die Restenlage des Reiches auf 4 Monate Ruhe gestatte.

Die Not der Reichsfinanzen komme nicht von den Ausgaben des Reiches selber her. Die größte Schwierigkeit, auf welche die wiederholten Steuererlässe und schließlich die Auflösung des Reichstages zurückzuführen sei, sei in der Verquickung der Arbeitslosenversicherung mit dem Reichsstat zu suchen. Im gegenwärtigen Etat seien für die Arbeitslosenversicherung 685 Millionen Reichsmark eingesetzt und darüber hinaus noch 45 Millionen Reichsmark für produktive Arbeitslosenfürsorge. Der Minister ging dann noch auf die verschiedenen Steuererhöhungen ein und verteidigte die vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen, die es den Gemeinden ermöglicht habe, ihre zerstückelten Finanzen einigermaßen in Ordnung zu bringen. Die Regierung strebe eine Revision der Gehaltsstarife der Gemeinden an, da die Tarife der Gemeinden vielfach im Verhältnis zu denen des Reiches und der Länder zu hoch seien.

Eine Beseitigung der Notverordnungen sei absolut unmöglich, da sie die Ordnung der Reichsfinanzen gefährde und Gefahren heraufbeschwöre, die zur Zeit noch nicht beständen u. tatächlich evtl. auch dazu führen würden, daß die Beamtengehälter nicht mehr bezahlt werden könnten. Vor allem würde durch eine Aufhebung der Notverordnungen eine weitere Zahlung auf Arbeitslosenunterstützung in Frage gestellt sein. Es werde wohl keinen Reichstag geben, der so verantwortungslos wäre, das auf sich zu nehmen.

Der kommende Reichstag werde übrigens auch noch andere Sorgen haben, und vor allem die Lösung des Problems, wieviel am Reichsstat gepart werden könne. Er wolle gegenüber dem vorigen Etat die Erparnisse im kommenden Etat verdoppelt, weil infolge des Sinkens der Steuereinnahmen die Staatsschuldenerhaltung des alten Etats unmöglich sei.

Wahlanschreitungen

Die Ortsgruppe Plauen der SPD. veranstaltete eine Demonstration für Max Hötz. Da im Verlaufe der Demonstration die Menge eine drohende Haltung gegen die Polizei einnahm, haben sich die Polizeiposten veranlaßt, die Karabiner schußfertig zu machen. Hötz selbst beteiligte sich mit verbundenem Kopf an einer Demonstration in Fallenstein.

In Offen wurde ein junger Student, der an einer Veranstaltung der Nationalsozialisten teilgenommen hatte und ein Saatenkreuzabzeichen trug, von unbekanntem Vurschen durch einen Messerstich tödlich verletzt.

Flugzeugbombe fällt auf ein Spital

W.D. London, 12. Sept. (Tel.) Wie aus Döngstun gemeldet wird, warf ein Flugzeug der Antontuppen eine Bombe ab, die auf ein Krankenhaus in Manning (Prowing Kwangsi) fiel und zahlreiche Kranke tötete oder verletzte.

Die Niederlassung der Standard-Oil-Co. in Manning und eine Anzahl Läden wurden von den Aufständischen geplündert. Wie aus Antone offiziell mitgeteilt wird, wurde Manning den Aufständischen heute wieder entrissen.

Die 500 000-RM.-Prämie: Nr. 222 815

W.D. Berlin, 12. Sept. (Priv.-Tel.) Die letzte Senation der großen Schlussziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ist auf das Los Nr. 222 815 gefallen. Die Lotteriedirektion vertritt, um den Gewinnern Belästigungen zu ersparen, nicht mehr Name und Wohnort. Die Prämie ist nicht nach Berlin gefahren.

Rundgebungen in Prag

Gegen die Hinrichtungen in Triest

Prag, 12. Sept. (Tel.) Die Erregung in der tschechischen Öffentlichkeit und Presse über die in Triest erfolgten Hinrichtungen dauern an. Die Polizei hat in Prag eine Reihe angeleglicher Protestversammlungen verboten, da Übergriffe gegen die italienische Gesandtschaft befürchtet wurden. Trotzdem ist es heute nacht vor dem Gebäude dieser Gesandtschaft zu Kundgebungen gekommen. Die Polizeiwache vermochte Steinwürfe gegen das Gebäude nicht zu verhindern, durch die einige Fensterheben zertrümmert wurden. Die Proteste des italienischen Gesandten Petrazzi gegen die Tötung der tschechischen Presse werden in den Blättern vielfach als unbegründete Einmischung in die Pressefreiheit abgelehnt. Abgesehen hat Minister Dr. Krofta, der, wie gemeldet, dem Gesandten Petrazzi das Bedauern über die scharfe Sprache eines Teiles der tschechoslowakischen Presse ausgesprochen hat, bei dieser Gelegenheit auch auf die beleidigende Art hingewiesen, in welcher die tschechische Presse über das Slaventum schreibt.

Kleine Chronik

Professor Picard hat, wie aus Augsburg gemeldet wird, angekündigt, daß er voraussichtlich Samstag früh 6 Uhr zu seiner Höhenfahrt starten wird.

Der Fluglehrer Stürig von den Raab-Ragensteinwerken ist auf dem Flugplatz in Kassel bei einem Übungsflug auf einem Sportflugzeug tödlich abgestürzt.

Bei Ludwigslust (Mecklenburg) stürzte ein Flugzeug der Deutschen Verkehrsflieger-Schule Braunschweig ab. Der Pilot Arwed Freyher von Ungern-Sternberg, der sich auf einem Übungsflug befand, war sofort tot.

In einem Schulgebäude in Berlin-Neu-Kölln untergebracht Schulen, in denen trotz umfassender Desinfektion vor den großen Ferien in der letzten Zeit sieben Kinder an Diphtherie erkrankt sind, sind auf Anordnung der Gesundheitsbehörde bis zum 24. September geschlossen worden.

Ein Automobil, in dem sich der österreichische Vizetanzler, Sanguin, der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Burech, und Nationalrat Kunzschad befanden, erlitt in Hagelsdorf bei St. Pölten einen Unfall. Nationalrat Kunzschad erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen, der Vizetanzler und der Landeshauptmann konnten ohne wesentliche Verletzungen mit einem anderen Auto die Fahrt fortsetzen.

Bei einem Straßenbahnunfall in Odesa wurden 5 Personen getötet und 40 verletzt.

Die Kuppe des Vulkans Stromboli im Mittelmeer ist durch ein heftiges Erdbeben in die Luft gesprengt worden. Die Lava hat die Ortlichkeit St. Bartolo erreicht und die Felder vernichtet. Auch umliegende Orte, so die Insel Lipari wurden geschädigt.

Badischer Teil

Zur Wahlbewegung in Baden Dr. Curtius und die deutsche Delegation wählen in Vörrach

W.B. Genf, 12. Sept. (Tel.) Reichsaußenminister Dr. Curtius und die deutsche Delegation werden ihrer Wahlpflicht am Sonntag in Vörrach genügen. Die deutsche Delegation verläßt morgens Genf und wird abends wieder zurück sein. Die in einigen Blättern geäußerte Annahme, daß die deutsche Delegation ihre Wahlpflicht auf dem hiesigen Generalkonsulat ausüben könne, trifft nicht zu. Das Generalkonsulat ist nicht extraterritorial.

Eine Rede Köhlers in Freiburg

Der Spitzenkandidat des badischen Zentrums, Dr. Köhler, hielt Donnerstag abend seinen Schlußappell vor den Wählern in der dichtbesetzten städtischen Festhalle in Freiburg ab.

Das Volk hat um die Wirklichkeit des Kampfes verstanden, bei dem es um die Existenz des Staates geht. Das Zentrum habe dem Youngplan nur schweren Herzens zugestimmt als dem kleineren Übel. Es habe sich gezeigt, wie recht seinzeitig Kautz gesagt habe, als er vor der Vertagung der Reparationsfrage mit der Frage der Rheinlandbesetzung warnte. Das Zentrum werde sich immer für die Revision des Gewaltfriedens von Versailles einsetzen und auch darauf achten, daß das deutsche Volk von anderen Mächten nicht mißbraucht werde.

Die innenpolitische Situation werde gekennzeichnet durch die schwere wirtschaftliche Krise als Folge des Niederganges der Weltwirtschaft und die große Arbeitslosigkeit. Die Regierung Brüning habe gerade diese Frage energisch angefaßt, und wenn es gelinge, die Arbeitslosenversicherung und ihre Grundlagen gesund zu machen, dann werde dies eine große Tat sein, auf die das deutsche Volk stolz sein könne. Die Regierung habe aber noch anderes geschaffen, das für sie spreche. Das badische Volk insbesondere müsse denken an die mannigfache Unterstützung, die Baden als Grenzland durch das Reich erfahre, durch die Zuteilung von Mitteln aus dem Westlandfonds, durch die beschlossene Rheinregulierung, durch den Bau der neuen Rheinbrücken, durch den Ausbau der Wasserkräfte, Aufgaben, bei denen auch das Reich immer wieder mitwirkte.

Der Minister verteidigte mit warmen Worten die Beamtenchaft und nahm sie in Schutz gegen unmotiviertere Angriffe, denen sie jetzt ausgesetzt sei. Gehendend setzte sich Dr. Köhler mit den Nationalsozialisten auseinander, die er als revolutionäre Partei kennzeichnete, der das Zentrum im Wahlkampf die Waage heruntergeriffen habe. Mit allen auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien werde das Zentrum in Zukunft zusammenarbeiten für Volk und Heimat, für die Kirche und Vaterland.

Die badischen Hausbesitzer gegen die Sonderliste

Der Badische Haus- und Grundbesitzerverband veröffentlicht eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

„Den badischen Hausbesitzern kann unter keinen Umständen empfohlen werden, bei der Reichstagswahl am 14. September die Liste 24 (Haus- und Grundbesitzer) zu wählen. Diese Partei setzt sich zusammen aus einigen wenigen Abtrünnigen, sie gleiten auf anderem Wege, als ihn die gemeinsame Vertretung der Hausbesitzerinteressen der Verbände geht, die Not der Hausbesitzer mildern zu können. Diese Gruppe hat bis heute nur erreicht, daß bürgerliche Stimmen verloren gingen, den Weg zu den Parlamenten bisher verschlossen, und daß es auch fernerhin so bleiben wird.“

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem städtischen Arbeiter Friedrich Wilhelm Harm in Mannheim und dem Bademeister Albert Köhler in Vörrach die badische Rettungsmedaille verliehen. Ersterer hatte einen Mann, letzterer einen Knaben unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet.

90 Jahre Eisenbahn in Baden

Heute sind neunzig Jahre seit dem Tage verfloßen, an dem in Baden die erste Dampfisenbahn eröffnet wurde. Es ist dies bekanntlich die Strecke Mannheim-Heidelberg.

Der Bau der drei Rheinbrücken

Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß nunmehr das Abereintommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen-Lannheim, Speyer und Mainz endgültig festgelegt ist. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird, nachdem alle Vorbereitungen zum Bau der Wiberlager und Pfeiler und der Herstellung der eisernen Überbauten für die Brücke bei Ludwigshafen-Mannheim getroffen sind, mit der Bauausführung unverzüglich beginnen.

Wie gemeldet, liegt dem Mannheimer Bürgerausschuß für seine nächste Sitzung am 18. September der städtische Antrag vor, für die Erbauung der neuen Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Mannheim und Ludwigshafen und für die Umgestaltung der bestehenden Eisenbahnbrücke in eine Straßenbrücke dem badischen Staat aus Darlehensmitteln einen Zuschuß von 775 000 Reichsmark unter der Bedingung zu bewilligen, daß mit der Inangriffnahme der Arbeiten spätestens am 1. Oktober dieses Jahres begonnen wird. Zur Verbesserung der Zufahrt zur Rheinbrücke auf Mannheimer Seite und für die damit zusammenhängenden Nebenarbeiten sind außerdem aus Anlehensmitteln 425 000 Reichsmark zu bewilligen.

Die neue Eisenbahnbrücke, die in einem Abstände von 15,5 Meter südlich der alten Brücke errichtet wird, soll der Reichsbahn die Möglichkeit geben, mit den schwersten Schnellzuglokomotiven über den Rhein zu fahren, während gegenwärtig infolge mangelnder Tragfähigkeit der jetzigen Eisenbahnbrücke die Züge zwischen Mannheim und Ludwigshafen jeweils mit leichten Lokomotiven ausgestattet werden müssen. In Zukunft wird somit im Bahnhof Mannheim der bisher unbedingt erforderliche Maschinenwechsel vermieden. Die Reichsbahn erwartet hierdurch eine Verkürzung des Aufenthaltes in Mannheim und somit eine Erhöhung der Reisegeschwindigkeit. Nach Fertigstellung der neuen Eisenbahnbrücke wird die alte Brücke von den Gleisen der Reichsbahn geräumt und in eine Straßenbrücke umgebaut.

Dem Straßenverkehr werden dann zwei Brücken zur Verfügung stehen, von denen jede eine Fahrtrichtung aufnehmen hat. Die jetzige Straßenbrücke wird in der Richtung Mannheim-Ludwigshafen, die jetzige Eisenbahnbrücke in der Richtung Ludwigshafen-Mannheim befahren. Die Straßenbahngleise sollen - jeweils in der Fahrtrichtung gesehen - auf der linken Straßenseite liegen. Da die jetzige Eisenbahnbrücke eine Länge von 7,57 Meter hat, wird neben dem Straßenbahngleis noch ein knapper Raum für zwei Fahrzeuge neben einem Straßenbahnwagen vorhanden sein, während auf der alten Straßenbrücke mit einer Länge von nur 6,56 Meter außer einem Wagen vielleicht noch 1-2 Radfahrer oder ein Handkarren auf gleicher Höhe mit einem Straßenbahnwagen fahren können. Dem Fußgängerverkehr werden nach wie vor die beiden Gehwege mit je 1,9 Meter nutzbarer Breite zur Verfügung stehen.

Die Begründung der städtischen Vorlage stellt fest, daß sofort nach Bekanntwerden des Brückenprojektes sich die Stadt im Benehmen mit den interessierten Wirtschaftskreisen - vor allem mit den Handelskammern Mannheim und Ludwigshafen - bemühte, bei den zuständigen Stellen zu erreichen, daß eine pfeilerlose Brücke gebaut werde. Leider scheiterten alle Bemühungen, die hauptsächlich im Interesse der Schifffahrt erfolgten, daran, daß keine der am Brückenbau beteiligten Verwaltungen die erheblichen Mehrkosten einer pfeilerlosen Brücke, die auf 2,6 bis 2,8 Mill. Reichsmark geschätzt wurden, übernehmen wollte und konnte.

Dem badischen Staat, der zusammen mit dem Lande Bayern ein Drittel der auf 8,345 Millionen Reichsmark veranschlagten Brückenbaukosten zu übernehmen hat - Reichsbahn und Reich teilen sich zu gleichen Teilen in den Restbetrag - soll ein Zuschuß von 775 000 Reichsmark gewährt werden, da die Leistung dieses Betrages für ihn die Voraussetzung für die Beteiligung am Brückenbau im genannten Umfange ist. Die Leistung des Zuschusses soll, wie erwähnt, aber davon abhängig gemacht werden, daß mit den Arbeiten spätestens bis 1. Oktober d. J. begonnen wird, und daß sie ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden. Die verkehrspolitische Bedeutung der Mannheimer Rheinbrücke im Eisenbahn- und im Straßenverkehr wird durch die vorgesehenen Verbesserungen ohne Zweifel sehr gehoben werden. Nach erfolgtem Ausbau wird sie in ganz anderer Weise als bisher in der Lage sein, den an sie als Länderbrücke gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die erheblichen Aufwendungen der Stadt im Betrage von 1 200 000 Reichsmark erscheinen hierdurch gerechtfertigt.

Die beiden Straßenbrücken geben nach erfolgtem Umbau von der Reichsbahn, der sie heute gehören, in den Besitz der Länder Baden und Bayern über. Das Land Baden wird die Stadt Mannheim zu den Kosten der Unterhaltung nach den Bestimmungen des Straßengesetzes heranziehen. Angaben über die Höhe dieser Leistung können im Augenblick noch nicht gemacht werden. Sie wird aber voraussichtlich nicht erheblich sein. Schließlich bleibt noch zu bemerken, daß dem Vernehmen nach das noch für Pfeilerüberbauten bestehende Brückenfeld in Zukunft wegfallen wird.

Aller Voraussicht nach, wird der Zuschlag für die ersten Arbeiten an der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen noch im Monat September erteilt, da jetzt alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt sind. Es ist auch geplant, die beiden Brücken Speyer und Mainz-Karlsruhe möglichst bald in Angriff zu nehmen, um eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu bewirken. Sämtliche Brücken sollen bis 1935 vollendet sein.

Aus der badischen Industrie

Teilstillegung oder bloße Rationalisierung? Die Firma „Spinnerei und Weberei“ in Offenburg nahm im September 1928 in einem neuen Gebäude den Betrieb mit automatischen Webstühlen auf. Im Zusammenhang hiermit wurde eine erhebliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der alten Weberei tätig gewesen waren, am 22. Juni 1929 entlassen, und zwar nachdem die Behörde die Stilllegungsgenehmigung erteilt hatte und die Sperrfrist abgelaufen war. Die Entlassenen bestritten das Vorliegen einer Teilstillegung, bezweifelten sich auf das Fehlen einer Zustimmung der Betriebsvertretung zur Entlassung und klagten gegen die Firma auf Fortzahlung des Lohnes. Gegen ein klageabweisendes Urteil des Landesarbeitsgerichts Offenburg legten die Kläger Revision ein. Die Revision brachte vor, es handle sich lediglich um eine bessere Rationalisierung durch Aufstellung neuer Betriebsmittel, nicht aber um Teilstillegung. Nach einer Meldung aus Leipzig erkannte das Reichsarbeitsgericht jetzt auf Aufhebung und Zurückweisung.

Streik beim Porphyrvort Schriesheim. Noch immer befindet sich die gesamte Belegschaft des Porphyrvortes „Edelstein“ (Weinheim-Schriesheimer Porphyrvort AG.) im Streik, und es wird damit zu rechnen sein, daß dieser noch einige Wochen dauern kann. Da das Werk vollständig stillgelegt, werden die unumgänglichen Notstandsarbeiten durch die Angestellten ausgeführt. Es handelt sich bei dem Streik um eine zehnprozentige Herabsetzung der Alfordlöhne; die tariflich geregelten Grundlöhne bleiben dabei außer Betracht. Als Ursache dieser Kürzung der Löhne macht die Gesellschaft geltend, daß auf dem Porphyrmarkt zur Zeit die Preise heruntermingen und die Aufträge äußerst spärlich eingeht. Auch bei anderen Werken, z. B. in Dossenheim, mühten aus diesen Gründen die Alfordlöhne herabgesetzt werden.

Weitere Entlassungen bei Daimler-Benz. Von den Daimler-Benzwerken in Mannheim ist laut „N. Bad. Landesztg.“ jetzt erneut der Antrag auf Entlassung von 100 Mann gestellt worden, nachdem kürzlich 400 Mann entlassen wurden oder doch zum mindesten die Erlaubnis dazu erteilt wurde. Die Herstellung von Motoren und Getrieben ist im Mannheimer Werk aufgegeben, die mechanische Abteilung vollkommen aufgelöst. Zu ihr gehören die Automatenabteilung, die Motordreherei, die Getriebedreherei, die Rundscheiferei und die Werkzeugmacherei.

Aus der Landeshauptstadt

Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten am Donnerstagmittag einen kräftigen Erdstoß in einer Epizentralentfernung von zirka 2300 Kilometer. Der erste Einschlag erfolgte um 13.41.17 Uhr, die Bewegung erreichte um 13.48.5 Uhr ihr Maximum. Gegen 14.11 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe.

Bad. Kunstverein E. V. Nach einer Sommerpause beginnen am 13. d. M. wieder die Ausstellungen im Kunstverein. Die erste Ausstellung bringt Werke „Jüngerer badischer Künstler“ (Wollin, Echin, Großkopf, Kriewitz, Kuhn, Kutterer, Rubin, Martin, Koe, Spuler, Stitz, Trautwein, Vetter und Weber). Ferner werden Kollektionen gezeigt von Gust. Haas, O. Hodapp, W. Koch, Erich Krause, Gerb. Graf (Heidelberg) u. a. (siehe Anzeige in vorliegender Nummer!).

Zur Wiedereröffnung des Colosseumtheaters. Nach der Sommerpause findet im Colosseumtheater unter der altbewährten Leitung von Direktor Eugen Kistner am 16. September, abends 8 Uhr, die Eröffnungsvorstellung statt. Der Direction ist es gelungen, zur Eröffnung ein Weltattraktionsprogramm mit noch 35 Künstlern von Welttruf zusammenzustellen. Nachstehend ein Auszug: Bonhair-Truppe, die lustigen Itarier. Die 5 Liberty-Girls, Tanzschöpfung in höchster Kolendung. Ludw. de Mariet, die wundervolle Lichtvision. Georg Neumüller, der moderne Humorist. Die Orfatis, Phänomenale Gymnastiker. Ubaldo Russo, Bariton von der Mailänder Scala. Bruno Sarti, Tenor von der Mailänder Scala. Start und Stärker, Meister der Mimik und Komik. Festes Theater komischer Menschen. Thaler und Barmerin in ihrer Szene: Der lebende Schnapsladen, großer Dressurakt mit 16 Hunden. Lola Thomas und Partner, von Moulin Rouge in ihrem Jongleurakt. Die Eintrittspreise sind den Verhältnissen der heutigen Zeit angepaßt und betragen von 80 Pf bis 4 Mk. Der Vorverkauf zu Originalpreisen hat wiederum das Zigarrenhaus Mehle, Ecke Waldstraße, und Kaiserpassage, übernommen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein Teil des westeuropäischen Tiefdruckgebietes hat sich am nördlichen Alpenrand nach Osten in Bewegung gesetzt und uns heute früh verbreiteten Regen gebracht. Auf der Rückseite des Teilliefs werden polare Luftmassen nach Süden vordringen und nach schauerartigen Niederschlägen zeitweilige Aufhellung bewirken. **Wetterausblick:** Zunächst weitere Niederschläge, kühlere und aufreißende Winde aus nördlicher Richtung, später zeitweilig aufhellend.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. September		11. September	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.87	169.12	168.83	169.17
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.29	112.51
Italien . . . 100 L.	21.97	22.01	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.38	20.42	20.364	20.434
New York . . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1945	4.2025
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.36	81.32	81.38	81.54
Wien 100 Schilling	59.23	59.35	59.24	59.36
Brag. . . 100 Kr.	12.448	12.468	12.451	12.371

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 10. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 $\frac{1}{2}$, d. h. v. für ein Gramm Feingold 82,7897 Pence.

Aufsichtsratswahlen bei Fuchs-Waggon, Heidelberg. In einer am Donnerstag in Köln abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Fuchs-Waggonfabrik AG. in Heidelberg fand im Zusammenhang mit dem Übergang der Aktienmajorität der Gesellschaft an die Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken AG. in Köln-Deutz eine Neuwahl des Aufsichtsrats statt. An Stelle des in seiner Gesamtheit zurückgetretenen alten Aufsichtsrats wurden gewählt: Kommerzienrat Paul Charlier (Königswinter), Dr. Alfred Ganiel (Düsseldorf), Dr. Rehl (Berlin), Dr. Ludwig Fuld (Mannheim), Generaldirektor Dr. Koettgen (Köln-Deutz), Oberbürgermeister Dr. Reinhaus (Heidelberg), und Geheimrat Dr. Sartorius (Wiesbaden). Weitere Mitteilungen sind in der Generalversammlung nicht gemacht worden.

Erhöhter Reichsbahnauftrag an den Stahlwerksverband. Wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft das Reichsbahngesamtzentralamt beauftragt, dem Stahlwerksverband, mit September beginnend, monatlich 50 000 Tonnen Oberbaustoffe (statt bisher nur 20 000 Tonnen) zur Lieferung in Auftrag zu geben.

Geschäftliches

Ausfertigung bei Bolander. Wir verweisen auf das heutige Inserat der Firma B. Bolander, die mit ihren zur Zeit stattfindenden Ausfertigungen einen großen Erfolg erzielen konnte. Die Firma hat ihre Abteilung für Ausfertigerwaren und Betten vor einiger Zeit bedeutend vergrößert. Wer Ausfertigerwaren jeder Art wie Betten, Matratzen, Federbetten, Steppdecken usw. benötigt, lasse sich von der Firma unverbindliches Angebot machen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Störungsversuche in einer Wahlversammlung

D. J. Lahr, 12. Sept. In einer Wahlversammlung der Einheitsliste, bei der Generalsekretär Wolf (Karlsruhe) und Reichsminister a. D. Dr. Kütz sprachen, versuchte eine Anzahl Nationalsozialisten planmäßig die Versammlung zu stören, worauf sie aus dem Saale gewiesen wurden. Sie setzten aber die Störungsversuche auf der Straße fort, so daß die Polizei eingreifen und die Demonstranten mit Gummihüpfeln auseinandertreiben mußte. Die Versammlung konnte dann ungehindert zu Ende geführt werden.

D. Leopoldshafen (bei Karlsruhe), 12. Sept. Bei der Überfahrt der Fähre Leimersheim-Leopoldshafen rissen gestern plötzlich die morschen Drahtseile und Ketten, so daß das Fahrzeug Stromabwärts trieb. Ein französischer Schleppzug, der bergauf strebte, stoppte sofort und warf Tau aus, mit denen es schließlich gelang, die Fähre zu befestigen und zurückzuschleppen. Ein kleiner Dampfer, der später noch zur Hilfe herbeigeholt wurde, brachte die Insassen an Land.

Hb. Gernsbach, 11. Sept. In den letzten Jahren ist es schon mehrfach vorgekommen, daß aus den Industriewerken des Tales saurehaltige Abwässer in die Murg geleitet wurden, worunter der Fischbestand sehr zu leiden hatte. Am Samstag ist unterhalb Hörden wiederum ein solcher Fall zu beobachten gewesen. Tote Fische, Weißfische und Forellen trieben in großen Mengen den Fluß hinab. Fachleute wollen wissen, daß es sich nur um schädigende Chemikalien handeln kann, die aus irgend einer Fabrik dem Murgwasser zugeführt worden seien. Untersuchung ist eingeleitet.

D. Schwärzstadt, 11. Sept. Mit dem endgültigen Stau beim Wehr des Kraftwerks Rhyburg-Schwärzstadt ist nunmehr begonnen worden. Der Stau soll am Ende der Woche beendet sein.

D. Engelwies (Amt Wehrh), 11. Sept. Heute nacht entstand in dem Anwesen des Kreuzwirts Binder ein Brand, der das ganze Anwesen bis auf den Grund in Asche legte. Die Brandursache soll Kurzschluss in einer provisorisch angelegten Leitung zur Beleuchtung des Schweinestalles sein.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Reichstagswahl 1930.
Auf Grund des § 30 Polizeistrafbuch wird das Tragen von Parteiuniformen und Bundesstrahlen am 13. und 14. September 1930 für das Land Baden verboten.
Karlsruhe, den 12. September 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann

Bekanntmachung

Änderung der Ortsbezeichnung der Gemeinde Rappennau.
Das Staatsministerium hat unterm 4. September 1930 Nr. 9634 beschlossen, daß die Gemeinde „Rappennau (Amt Einsheim)“ mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 an den Namen „Bad Rappennau“ zu führen hat.
Karlsruhe, den 11. September 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann

Bekanntmachung

Lebensrettung.
Drogistenlehrling Hans Barta und Telegraphenbauhandwerker Albert Josef Binder in Adolfszell retteten am 10. Juni 1930, abends etwa 9 Uhr beim Freibad „Görzen“ in Adolfszell den Telegraphenbauhandwerker Emil Walter in Adolfszell vom Tode des Ertrinkens. Ich spreche den Genannten für das

bei diesem Rettungswert bewiesene entschlossene und mutige Verhalten die öffentliche Anerkennung aus.
Konstanz, den 6. September 1930.
Der Bad. Landeskommissar für die Kreise Konstanz, Bilingen und Waldshut:
J. D. Führer.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:
Verwaltungsobersekretär Hermann Karrer beim Bezirksamt Ettlingen zu jenem in Engen.

Justizministerium

Ernannt:
Handelsrichterstellvertreter Robert Dagner in Pforzheim zum Handelsrichter und Kaufmann Otto Richtenfels in Pforzheim zum Handelsrichterstellvertreter bei den Kammern für Handelsachen des Landgerichts Karlsruhe, Ranggleichhilfe Adolf Stoll beim Amtsgericht Ettlingen zum Ranggleichhilfen, Ministerialamtsgehilfe Karl Nievergelt beim Justizministerium zum Hausmeister beim Amtsgericht Freiburg.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Justizoberinspektor Leopold Bruch beim Amtsgericht Karlsruhe auf 1. November 1930.

AUSSTEUER-TAGE

Komplettes Bett

bestehend aus:
Bettstelle, 33 mm Rohr, Patentrost 17,90
Matratzenschoner, Klötzchen 5,60
Matratze, grau-weiß Drell, 3teil.m. Keil 29,—
Kissen, 80/80 cm, gut gefüllt 7,50
Deckbett, 130/180 cm, gut gefüllt 27,—
Gesamtpreis: 87,—

W. Boländer

Junger R. 562

Vermessungstechniker!

3 Jahre Fortführung, 1 Semest. Fachschule, sucht zwecks Weiterbildung Stellung bei Stadt oder Privatbetrieb. Angebote mit Gehaltsangabe unter Nr. 1476 a an die Expedition dies. Blattes.

Formulare

und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. Braun G.m.b.H.

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14-18
Telephon 952-54

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER

DOSENHEIM A. D. BRUNNEN

LIEFERT AUSSCHLIESSLICH HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Die Credit-Auskunft

Verlag: Die Credit-Auskunft DOSENHEIM A. D. BRUNNEN

Für das direkte **Auskunfts-System** bietet unter jeder große Vorteile. Nähere Auskunft u. Prospekt gratis.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Das beste Brot

aus der modernsten Bäckerei

von Karlsruhe!

Vollkornbrote:

Weizenschrotbrot	600 Gramm	45 Rpf.
Roggenschrotbrot	rhein.-westf. Art 1000 Gramm	48 Rpf.
Roggenschrotbrot	rhein.-westf. Art in Scheiben 200 Gramm	15 Rpf.
Schrotbrot	1000 Gramm	38 Rpf.
Roggenbrot	1500 Gramm	60 Rpf.
Kornbrot	1000 Gramm	43 Rpf.
Kornbrot	750 Gramm	33 Rpf.
Halbweißbrot	750 Gramm	38 Rpf.
Weißbrot	500 Gramm	38 Rpf.
Wasserwecken	70 Gramm	6 Rpf.
Milchbrötchen	35 Gramm	3 1/2 Rpf.
Wickele, Hörnchen, Ofennudeln	30 Gramm	4 Rpf.

Sorten werden in jeder Preislage geliefert



Sämtliche Mehle gehen vor der Verarbeitung durch die modernste Reinigungsanlage, so daß die Herstellung des Fabrikats schon von Grund auf unter Beachtung peinlichster Sauberkeit geschieht

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Warenabgabe nur an Mitglieder

R. 565

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Wanzen! Wanzen!

welch ein Schreck, mit **SO2** schaff's Hüllstern weg
F. Hüllstern, Ungeziefer-Vernicht.-Anstalt
Herrenstr. 5, Tel. 5791.

R. 566



Bad. Kunstverein E. V., Karlsruhe
Waldstraße 3

Wiedereröffnung
Samstag, den 13. Sept.
Ausstellung bis einschl. 2. Oktober:

Jüngere, badische Künstler

(Gemälde, Graphik und Plastik).

Ferner Kollektionen von: Gust. HAAS, O. HODAPP, W. KOCH, Erich KRAUSE, Herb. GRASS, Heidelberg u. A.

Geöffnet: Werktags 10—1 u. 3—5 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder: 50 Rpf.

Holzwerthanleihe der Stadt Heidelberg

Für den noch unlaufenden Rest der 6%igen Holzwerthanleihe der Stadt Heidelberg von 1923 ist der auf 1. Oktober 1930 fällige Zins und der Einlösungswert der noch unlaufenden, gekündigten Schuldverschreibungen festzusetzen. Das zuständige Amt Heidelberg hat den Durchschnittspreis für 1 fm Nadelholz IV. Klasse für den der Zinsberechnung zugrunde zu legenden Zeitabschnitt auf 25,68 M festgesetzt. Hiernach berechnet sich der Geldwert für die am 1. Oktober d. J. fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzwerthanleihe der Stadt Heidelberg auf 1,54 M je festmeter. Es werden somit die am 1. Oktober 1930 fälligen Zinscheine Nr. 7 für die noch im Verkehr befindlichen Anleihestücke nach Abzug von 10% Kapitalertragsteuer, wie folgt, eingelöst:

1 Zinschein zu den Stücken Lit. A über 5 fm mit 6,93 M,	
1 Zinschein zu den Stücken Lit. B über 2 fm mit 2,77 M,	
1 Zinschein zu den Stücken Lit. C über 1 fm mit 1,39 M,	
1 Zinschein zu den Stücken Lit. D über 1/2 fm mit —,69 M,	
1 Zinschein zu den Stücken Lit. E über 1/4 fm mit —,35 M.	

Die Einlösungsstellen sind auf den Zinscheinen bezeichnet.

Die noch unlaufenden Schuldverschreibungen sind auf 1. Oktober d. J. zur Heimzahlung gekündigt. Die Stücke werden einschließlich der Zinscheine Nr. 8 ff., wie folgt, eingelöst:

Lit. A über 5 fm mit	128,40 M,
Lit. B über 2 fm mit	51,96 M,
Lit. C über 1 fm mit	25,98 M,
Lit. D über 1/2 fm mit	12,94 M,
Lit. E über 1/4 fm mit	6,42 M.

Die Verzinsung dieser Anleihe hört mit dem 30. September 1930 auf. Fehlende Zinscheine werden mit dem entsprechenden Gegenwert an dem Einlösungsbetrag in Abzug gebracht.

Der Anspruch auf Einlösung verjährt bei den Zinscheinen nach Ablauf von 4 Jahren, bei den Schuldverschreibungen nach Ablauf von 30 Jahren.
Heidelberg, den 3. September 1930. R. 567
Der Oberbürgermeister.

Ruhige Nerven überwinden schwere Zeiten!

Darum: Immer mit Ruhe und KAFFEE HAG